

türkei infodienst

NR. 57

ERSCHEINT 14-TAGIG

6.6.1983

Editorial

Werte Leser(innen)!

Diese Ausgabe des 'türkei-infodienstes' wird sich schwerpunktmäßig mit der neuen Parteienbildung auseinandersetzen. Wollten wir jedoch versuchen, anhand der vorhandenen Pressemitteilungen eine komplette Übersicht über die Entwicklung des letzten Monats zu geben, so würden allein für diese Ausgabe 20 Seiten benötigt. Aus diesem Grunde weichen wir dieses Mal von der üblichen Form ab und werden nach einem Überblick, der den derzeitigen Stand der Entwicklung in Form eines Kommentares wiedergibt, danach lediglich die wichtigsten Punkte

- chronologisch
- Persönlichkeiten
- Aussagen zu den Programmen

referieren, wobei wir natürlich bemüht sind, für alle Behauptungen auch die Quellen anzugeben. Als 'Internationale Presseumschau' haben wir dieses Mal einen Vergleich des alten und neuen Parteiengesetzes aus der in der Türkei erscheinenden 'Turkish Daily News' abgedruckt. Wir bitten die Leser zu entschuldigen, wenn in dieser Ausgabe die anderen Punkte (Außenpolitik, Wirtschaft etc.) zu kurz kommen.

Überblick

Mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes wurde auch international der Eindruck erweckt, daß nach der Verfassung nun der entscheidende Schritt auf dem Wege zu einer pluralistischen Demokratie eingeleitet war. Obwohl schon seit Oktober 1982 immer wieder Meldungen über mögliche Parteigründungen in der Presse zu lesen waren, begann nun ein wahrer Boom für Kandidaten der 'Neuen' Parteien.

Bald schon wurde klar, daß das Militär an eine Konstellation von 2 Parteien (Regierungs- und Oppositionspartei) gedacht hatte und mit dem Ex-General Turgut Sunalp und dem Privatsekretär von İsmet İnönü, Necdet Calp, auch schon die Führerpersönlichkeiten entdeckt hatte. Während auf der sogenannten 'Linken' in der Türkei keine Einigung über eine mögliche sozialdemokratische Partei zu erzielen war, machte sich der AP-Chef Süleyman Demirel daran, die eigentliche oppositionelle Partei gegen die Kandidaten des Nationalen Sicherheitsrates aufzubauen.

In dieser Phase war erstaunlich, daß praktisch von Anfang an in der Öffentlichkeit wieder von links und rechts geredet wurde, obwohl die Generäle immer wieder betont hatten, daß sie die Macht deshalb übernommen hatten, um die Links-Rechtsauseinandersetzungen zu beenden. Während sich die CHP früher immer als 'demokratische Linke' bezeichnet hatte und damit jeglichen Verdacht einer sozialistischen Partei von sich halten wollte, schien die Bezeichnung 'Sozialdemokraten' auf eine Verschiebung nach links hinzudeuten. Da sich hier die Vorsitzenden aus den Provinzen in Ankara trafen, konnte man schon sehr früh den Eindruck bekommen, daß die CHP sich neu formierte. An dieser Stelle aber fehlte die Führerpersönlichkeit und da sich

der Ex-Chef Bülent Ecevit gegen eine Beteiligung bei der Bildung von Parteien wandte, hatten sie keine Orientierung.

Schon in dieser Situation wettete Staatspräsident Kenan Evren, daß viele Leute nichts von den veränderten Bedingungen verstanden haben. Der 'Wink mit dem Zaunpfahl' war schon in der Rede von Cankiri nicht zu überhören, aber die Mannschaft um Süleyman Demirel ließ sich in ihrem Anspruch auf die Macht nicht beirren. Hinter der Bildung der 'Partei der Großen Türkei' stand eindeutig die Forderung, daß die Militärs sich nun wieder in ihre Kasernen zurückziehen sollten und die Politik zivilen Kräften überlassen sollten.

Aber obwohl in der Partei neben dem Vorsitzenden noch weitere 4 pensionierte Generäle vertreten waren, unternahm der Nationale Sicherheitsrat schon bald den entscheidenden Schritt. Er verbot die Partei, schickte 16 Politiker in die Verbannung und untersagte nun auch den ehemaligen Vorständen aus den Provinzen und den Kreisvorsitzenden eine politische Betätigung auf fünf Jahre.

Hiermit sind erst einmal die Weichen für die Wahlen am 6. November gestellt (wobei Staatspräsident Evren aber schon damit gedroht hat, sie noch einmal zu verlegen). Die 'Partei der Nationalistischen Demokratie' steht praktisch als Regierungspartei fest, wenn nicht der Ministerpräsident Bülend Ulusu die in bislang drei Parteien gesplittete Rechte nicht noch einigt und die 'Sozialdemokraten' um den Sohn von İsmet İnönü, Prof. Dr. Erdal İnönü, werden in dem ersten Parlament wohl die Aufgabe der Opposition übernehmen. Ob es weiteren Parteien, wie der 'Vaterlandspartei' von Turgut Özal oder der 'Partei des kemalistischen Schwunges' aus den Kreisen der früheren republikanischen Sicherheitspartei gelingen wird, in das Parlament zu gelangen, bleibt ungewiß. Der erste Kandidat bei den Sozialdemokraten, Necdet Calp, mit der 'Volkspartei' wird nur dann eine Chance haben, wenn eine Vereinigung mit den übrigen Sozialdemokraten gelingt.

Chronologie

- 05.05.83 Nach dem Zusammentreffen mit Celal Bayar, ehemaliger Staatspräsident und führende Persönlichkeit der DP, wird als erster 'neuer' Politiker Turgut Sunalp von Staatspräsident Kenan Evren empfangen.
- 07.05.83 Evren hält die Rede in Cankiri, in der er auch Strafen für Personen androht, die sich nicht entsprechend der Verordnungen verhalten.
- 08.05.83 Eine Gruppe aus 4 Personen aus der Beratenden Versammlung, die 62 Mitglieder repräsentieren, trifft mit Evren zusammen.
- 14.05.83 Die Minister Rifat Beyazit (Justiz) und Ali Bozer (Zoll und Staatsmonopol) treten zurück, um der Partei von Turgut Sunalp beizutreten.
- 15.05.83 Evren hält eine Rede in Tekirdag, in der er davon spricht, daß die Politiker nun 'auf Vordermann' gebracht wurden.
- 16.05.83 Turgut Sunalp überreicht als Erster die Liste der Gründer sowie das Programm seiner Partei dem Innenministerium. Die 'Partei der Nationalistischen Demokratie' ist die 94. Partei in der

Geschichte der Türkei.

- 18.05.83 Nachdem sich Erdal İnönü zunächst zurückgezogen hatte (die Vermutung, daß er durch den NSR dazu aufgefordert worden war, wurde in der Türkei offen geäußert), erscheint er nun wieder als 'vereinende Persönlichkeit' auf der politischen Bühne.
- 19.05.83 Als zweite Partei wird die 'Halkci Parti' (Volkspartei) durch Necdet Calp beim Innenministerium angemeldet.
- 19.05.83 25 ehemalige Parlamentarier und 24 Mitglieder der Beratenden Versammlung treten der MDP von Turgut Sunalp bei.
- 20.05.83 Die 'Partei der Großen Türkei', von der man weiß, daß Süleyman Demirel hinter ihr steht, wird beim Innenministerium angemeldet. Zum Vorsitzenden wird ein pensionierte General, Ali Fethi Esener, gewählt.
- 21.05.83 Turgut Özal meldet seine 'Vaterlandspartei an (Ana-P.).
- 21.05.83 Der mögliche Generalsekretär der Volkspartei, Dr. Turhan Timurcin, tritt zurück.
- 22.05.83 143 Ex-Parlamentarier treten der BTP bei.
- 24.05.83 Die Zahl der Mitglieder aus der Beratenden Versammlung, die der MDP beigetreten sind, hat sich auf 45 erhöht.
- 26.05.83 Namen für die Gründer der 'Partei des Kemalistischen Schwunges' werden veröffentlicht.
- 26.05.83 Weitere 33 Parlamentarier der aufgelösten AP treten der BTP bei.
- 27.03.83 Die Zeitung 'Tercüman' versucht noch einmal durch einen Vergleich der Programme die 3 Parteien von Sunalp, Özal und Demirel zu vereinigen.
- 31.05.83 Die 'Partei der Großen Türkei' wird verboten, ihre Gründer erhalten ein Verbot der politischen Betätigung und auch Provinzvorstände sowie Kreisvorsitzende der alten Parteien werden mit einem 5-jährigen Verbot belegt.
- 01.06.83 Evren begründet die Maßnahme auf einer Rede in Corum. Hier droht er auch damit, die Wahlen noch einmal zu verschieben.

Programme

1. Die 'PARTEI DER NATIONALISTISCHEN DEMOKRATIE'

Zusammensetzung:

- 12 ehemalige Parlamentarier aus der AP und DP
- 5 Angehörige des Militärs
- 11 Bürokraten
- 7 Persönlichkeiten aus der Wirtschaft
- 4 aus Arbeitnehmergruppierungen
- 10 Mitglieder der Beratenden Versammlung

Diese 49 Personen bilden den Kreis der Gründer, der 30 Personen umfassen muß. Sie bedürfen noch der Bestätigung durch den Nationalen Sicherheitsrat. (zitiert nach allen Zeitungen am 17.05.1983)

Die wesentlichen Programmpunkte:

Unter der Überschrift 'Nationaler Wille' in dem Programm, daß die Partei eine große und starke Türkei anstrebe. Der Nationalismus wiederum wird folgendermaßen beschrieben: 'Nationalismus ist nicht zerstörend, sondern zusammenfügend. Eine Kultur, die alle Bürger vereint, ist nationalistisch. Jeder Bürger der türkischen Republik, der sich als Person der türkischen Nation betrachtet, die gleiche Geschichte hat, Achtung vor dem Staat hat und der die nationale Freude und das Schicksal in einem gemeinsamen Bewußtsein teilt, ist nationalistisch.'

Im Wirtschaftsprogramm wird dem privaten Sektor der

Vorrang eingeräumt. Der Staat habe die infrastrukturellen Maßnahmen zu ergreifen und sich in die weiteren Bereiche nicht einzumischen. Es wird zwar gesagt, daß die Bauern auch über Land verfügen sollen, aber das Wichtige sei nicht die Verteilung des Landes, sondern die Produktionssteigerung. Die Arbeitslosigkeit soll dadurch bekämpft werden, daß insbesondere in arbeitsintensiven Bereichen investiert wird.

2. Die 'VOLKSPARTEI'

Zusammensetzung:

- 8 Bürokraten
- 4 Angehörige der Armee
- 4 Gewerkschafter
- 5 alte Parlamentarier
- 4 Mitglieder der Beratenden Versammlung
- 5 Selbständige

Die wesentlichen Programmpunkte:

- a) Die Partei ist eine sozialdemokratische Partei, die der freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie verpflichtet ist.
- b) Die Prinzipien der Partei sind: Republikanertum, Nationalismus, Populismus, Staatlichkeit, Laizismus, Revolutionäertum (dies sind die Prinzipien der aufgelösten CHP, tid).
- c) In der Wirtschaft hat der Staatssektor Vorrang. Es gilt Monopole der Privatwirtschaft zu verhindern. Staatsmonopole sind zu fördern.
- d) Die unterentwickelten Gebiete müssen durch einen gesonderten Plan gefördert werden.

(nach Cumhuriyet vom 21.05.83)

3. Die 'SOZIALDEMOKRATEN'

Hier gibt es noch einen Streit um den Namen, denn inzwischen hieß es in einer Verlautbarung, daß das Wort 'Türkei' aus den Parteibezeichnungen gestrichen werden soll, so daß es dann nicht 'Sozialdemokratische Partei der Türkei' heißen kann.

Zusammensetzung:

- 11 Bürokraten
- 5 Gewerkschafter
- 7 ehemalige Parlamentarier
- 0 aus der Beratenden Versammlung
- 9 Selbständige
- 1 Unternehmer

Zum Programm kann derzeit noch nicht viel gesagt werden, da die Erarbeitung noch andauert. Bei Redaktionsschluß war die Partei auch noch nicht formell angemeldet, so daß sich auch der Kreis der Gründer noch ändern kann, insbesondere, da man nun darauf achten muß, vormalige aktive Politiker aus der Liste herauszuhalten.

4. Die 'PARTEI DER GROßEN TÜRKIEI' (inzwischen verboten)

Zusammensetzung:

- 15 Bürokraten
- 13 Angehörige der Armee
- 4 ehemalige Parlamentarier
- 2 Gewerkschafter
- 16 Mitglieder der Beratenden Versammlung
- 14 Selbständige
- 6 Unternehmer

Die wesentlichen Programmpunkte:

- a) Der Kampf gegen Anarchie, Terror und Separatismus muß fortgeführt werden. Dies ist möglich, ohne auf die freiheitliche Demokratie zu verzichten.
- b) Prinzipien sind ein starker Staat, türkischer Nationalismus, Laizismus, Grundrechte und -freiheiten.

Politische Organisierung ist ein unverzichtbares Element des demokratischen Regimes. Wir sind gegen kommunistische, faschistische und theokratische Regierungen.

- c) Der Staatspräsident ist das ausgleichende Element des demokratischen Systems.
- d) Wir sehen die gemischte Wirtschaft nicht als Widerspruch gegen die freie Marktwirtschaft an. Staats- und Privatsektor müssen gleich behandelt werden.
- e) Das Problem der Landwirtschaft muß mit Vorrang behandelt werden, das Problem der Bauern muß gelöst werden.
- f) Eine Steuerpolitik, die neue Investitionen verhindert, ist nicht unsere Politik.
- g) Volle Mitgliedschaft in der EG.
- h) Treue zum NATO-Bündnis

(diese Programmpunkte wurden aus verschiedenen Interviews insbesondere mit der Zeitung 'Tercüman' um den 20. Mai herausgezogen).

5. Die 'VATERLANDSPARTEI'

Zusammensetzung:

- 17 Bürokraten
- 1 Armeeingehöriger
- 4 Ex-Parlamentarier
- 10 Selbständige
- 5 Personen aus der Wirtschaft
- 1 Gewerkschafter

Die wesentlichen Programmpunkte:

- a) Es gibt drei Grundprinzipien: soziale Gerechtigkeit, Konservatismus, freie Marktwirtschaft. Die Beschlüsse des 24. Januar sind die Grundlage.
- b) Stabile und starke Regierungen.
- c) Der Laizismus wird nicht als Hindernis bei dem Schutz der ideellen Werte, der Freiheiten der Religion und des Glaubens, sowie bei der Entwicklung der religiösen Kultur angesehen.
- d) Man muß sich vor einer dogmatischen und unflexiblen Planwirtschaft in Acht nehmen.
- e) Die Staatsbetriebe müssen im Laufe der Zeit der Nation übergeben werden (das heißt dem Privatsektor). In der Industrie müssen die Staatsmonopole aufgehoben werden.
- f) Bürokratische Formalitäten müssen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Die Gründer

(aufgeführt sind nur die wichtigsten Persönlichkeiten)

Die MDP (Partei der nationalistischen Demokratie):

Turgut Sunalp

Geboren 1917. Nach der Ausbildung auf der Kriegsschule übernahm er Aufgaben als Attaché in Moskau und Washington. Er war besonders während der militärischen Auseinandersetzungen um Zypern zwischen 1964-67 aktiv. Nach dem Einmarsch auf Zypern gründete er die Armee der Ägäis (4. Armee) und war eine Zeitlang als stellvertretender Generalstabschef aktiv. Als er 1973 den Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten gegen den Widerstand von Demirel nicht durchsetzen konnte, wurde er pensioniert und hat als letzten Posten die Botschaft in Ottawa geführt. Er spricht Englisch und Französisch.

Esref Akinci

Der ehemalige Kommandant des Heeres wurde 1912 in Bursa geboren. Nach der Kommandantur der 3. Armee und des Heeres wurde er 1976 pensioniert. Von seinem Aufsichtsratsposten bei der Etibank wurde er vom Nationalen Sicherheitsrat in die Beratende Ver-

sammlung berufen. Dort hat er sich dadurch ausgezeichnet, daß er eine noch weitere Beschränkung der Grundrechte und -freiheiten vertrat. Er wurde als Präsident der Versammlung vorgeschlagen, aber bekam nicht einmal die Stimmen derjenigen, die ihn für dieses Amt vorgeschlagen hatten.

Imren Aykut

Er wurde 1941 in Adana geboren und hat auf der Universität in Oxford über Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen, sowie auf der Universität Oslo über Mitbestimmung gearbeitet. Er wurde später zum Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der Papierindustrie und von hier in die Beratende Versammlung berufen. Hier ist er insbesondere durch die Ausarbeitung des Gewerkschaften-, Streik- und Tarifgesetzes hervorgetreten.

Die Angaben wurden Cumhuriyet vom 17.05.1983 entnommen.

Die BTP (Partei der großen Türkei):

Die Zeitung Cumhuriyet hat hier auf die Vorstellung der bekanntesten Persönlichkeiten verzichtet, so daß wir uns teilweise auf eigenes Wissen stützen müssen.

Ali Fethi Esener

In der letzten Runde der Parteienbildung trat der pensionierte General als Vermittler zwischen dem engen Vertrauten von Demirel, **Hisamettin Cindoruk**, als ehemaligem Provinzvorsitzenden der AP für Istanbul, und dem Vertreter von Ankara, **Mehmet Gölhan**, auf. Esener war auf der Kriegsakademie ein Klassenkamerad von Turgut Sunalp. Nach dem Verbot der Partei wurde er als Vorsitzender der Partei nicht mit Sanktionen belegt. Dafür aber kamen die führenden zivilen Kräfte, Cindoruk und Gölhan, in die Verbannung.

A. Baki Tug

Er schloß 1961 das Jurastudium an der Universität in Ankara ab und trat dann als Militärrichter in die Armee ein. In der 12. März-Periode machte er sich dadurch einen Namen, daß er als Hauptmann die Anklage in den Prozessen gegen TÖS, Dev-Genc und Prof. Mümtaz Soy-sal vertrat. Sein Name taucht aber auch in einigen als Beweismittel in das MHP-Verfahren eingeführten Briefen auf.

Die ANA-P. (Vaterlandspartei)

Die 'Anavatan Partisi' hat eine seltsame Abkürzung, um nicht an die AP von Demirel zu erinnern.

Turgut Özal

Er wurde 1927 in Malatya geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Auf der technischen Universität von Istanbul hat er den Zweig Elektrotechnik absolviert und war zunächst als Ingenieur tätig. Über das staatliche Planungsamt und den Vorsitz des Verbandes der Metallarbeiter (MESS) kam er dann in die entscheidenden Funktionen als 'Architekt' des 24. Januar. Er wurde nach dem 12. September 1980 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und von der Zeitschrift 'Euromoney' im Jahre 1981 zum Wirtschaftsminister des Jahres gewählt.

Muzaffer Atilgan

1942 in Ankara geboren. Er hat in verschiedenen Vereinigungen, wie Sportklub Göztepe, den Vorsitz inne. Verheiratet und Vater von vier Kindern.

Abdullah Tenekeci

Geboren 1926 in Konya. Der pensionierte General der Luftwaffe soll in den Lockheed Skandal verwickelt gewesen sein. Er wurde aber freigesprochen.

Die HP (Volkspartei)

Necdet Calp

Er trat von seinem Posten als Staatssekretär im Ministerpräsidium zurück, um die Partei der 'Sozialdemokraten' zu gründen. Er ist bekannt, weil er in früheren Zeiten der Privatsekretär von Ismet İnönü gewesen ist.

Özer Gürbüz

Geboren 1936 in Sinop. Absolvierte die juristische Fakultät in Istanbul. Als Staatsanwalt war er zuletzt am Kassationsgerichtshof als stellvertretender Staatsanwalt tätig und wurde dann in die Beratende Versammlung berufen.

Serafetin Uğur

Der 1926 in Yalova geborene General der Luftwaffe wurde im letzten Jahr pensioniert. Er hatte zuletzt das Kommando der NATO-Einheit in Izmir. Der Englisch sprechende Uğur ist verheiratet und hat drei Kinder.

Aus Cumhuriyet vom 21./22.05.1983

Die SDP (Sozialdemokratische Partei)

Erdal İnönü

Der Sohn von Ismet İnönü wurde 1926 in Ankara geboren. Sein Hochschulstudium schloß er auf der naturwissenschaftlichen Fakultät in Ankara ab. Später ging er dann in verschiedenen Abständen in die USA, wo er u.a. an den Universitäten Princeton und Colombia arbeitete. An der Middle East University in Ankara wurde er zum Professor und später sogar zum Rektor. 1971 legte er aber diesen Posten nieder und lehrte danach an der Universität Bogazici in Istanbul. Er ist verheiratet und hat keine Kinder.

Rafet Tüzün

Sein Jurastudium beendete er 1938. Über verschiedene Stationen kam er schließlich zum militärischen Revisionsgericht. Dort wurde er zum Vorsitzenden der 2. Kammer. 1974 wurde er aus Altersgründen pensioniert. Er ist verheiratet und kinderlos.

Atila Sav

1931 in Ankara geboren. Er schloß sein Jurastudium 1952 in Ankara ab und begann seine Karriere als Anwalt im Büro seines Vaters. 1970 wurde er zum Vorsitzenden der Anwaltskammer von Ankara. Vom Ministerpräsidenten Nihat Erim wurde er nach dem 12. März 1971 als Arbeitsminister ins Kabinett berufen. Gegen Ende 1971 schied er aus dem Kabinett als sogenannte 'Bewegung der 11' aus. 1980 wurde er zum Präsidenten der Anwaltskammern der Türkei gewählt. Von seinen 2 Kindern ist eines Arzt und das andere Anwalt.

Reden

VON STAATSPRÄSIDENT EVREN

Aufgrund der unerwarteten Entwicklung bei der Neugründung von Parteien hat sich der Generalstabschef, Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates und Staatspräsident General Kenan Evren in mehreren Reden zur Bildung von neuen Parteien geäußert. Da diese Reden für die Bewertung der 'Redemokratisierung' nicht unwichtig sind, werden wir sie in Auszügen wiedergeben. Die Übersetzungen sind dabei sowohl aus dem türkischen Fernsehen, in dem diese Reden immer nach den Nachrichten in voller Länge und farbig ausgestrahlt werden, sowie aus den Zeitungen Tercüman und Cumhuriyet.

Rede am 7.5.1983 in Cankiri

... Kaum daß wir das Parteiengesetz erlassen hatten, schossen die Parteigründer wie Pilze aus dem Boden. Ich werde jetzt auf die Ereignisse zu sprechen kommen, die sich in den letzten zwei Wochen abgespielt haben und die bei einer großen Menge von Bürgern große Sorgen ausgelöst haben.

Ihr alle wißt, daß wir mit großer Sorgfalt die Schritte zur Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie eingeleitet haben und uns fest an den Plan zur Redemokratisierung gehalten haben und nun auch einen der letzten Schritte mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes eingeleitet haben.

Wir hatten angekündigt, daß bis zum 16. Mai nur solche Aktivitäten erlaubt sind, die für eine Parteigründung unerläßlich sind. Wir stellen aber fest, daß viele Leute von den Ereignissen vor dem 12. September nichts gelernt haben. Wir verfolgen mit Abscheu die Auseinandersetzungen unter Personen, so wie sie sich unter den Angehörigen der Parteien vor dem 12. September abgespielt haben. Obwohl in dem Parteiengesetz, das wir verabschiedet haben, steht, daß sich keine Partei als Fortsetzung einer alten Partei gründen darf, werden trotzdem Versammlungen von alten Provinzvorsitzenden, Stadtdirektoren in Ankara abgehalten. Welche Provinzvorsitzenden und Stadtdirektoren von welcher Partei sind dies eigentlich? Ich möchte sie hier zum letzten Mal warnen, daß sie sich vor solchen Aktivitäten hüten sollen. Auf der anderen Seite gibt es Interviews, in dem die Leute sagen, daß die Partei schon gegründet sei und daß sie die Regierungspartei seien. Mit Verwunderung und Abscheu beobachten wir, daß jetzt schon solche Äußerungen gemacht werden, obwohl die Verfassung und das Parteiengesetz den Zeitpunkt für die Parteienbildung festlegen.

Ich frage diejenigen, die sich nach der Art von Politik sehnen, wie sie vor dem 12. September betrieben wurde, wie wollen sie sich für die Ideale des Staates einsetzen? Sofort muß ich daran denken, was sie wohl erst machen wenn die Parteien gegründet sind? Sind die Aktivitäten etwa gegen die Ruhe und Ordnung gerichtet, die wir in einer Situation geschaffen haben, wo die ganze Nation zerstritten und gespalten war und wo wir vom Abgrund eines Bürgerkrieges zurückgekehrt sind? Oder sind sie gegen die Verfassung gerichtet, die mit einer erdrückenden Mehrheit verabschiedet wurde?

Was wir unter einer Demokratie verstehen, ist eine Demokratie, die Wohlstand und Ruhe für die Nation bringt. Wir erwarten, daß Parteien gegründet werden, die diese Ordnung schützen und tragen. Nicht Parteien, die wieder eine Demokratie anstreben, wie sie am 11. September existiert hat. Ich möchte denjenigen, die nichts aus der Geschichte gelernt haben, die nicht zur Vernunft gekommen sind, noch einmal in Erinnerung rufen, daß wir solchen, die mit dem Streben nach Amt oder Rachegefühlen zu der Zeit vor dem 12. September zurückkehren wollen, dies nicht erlauben werden. Die Kriegsrechtskommandanten werden von nun ab die gerichtlichen Schritte gegen diejenigen unternehmen, die gegen die Verordnung und Dekrete des Nationalen Sicherheitsrates verstoßen haben. Wenn man will, daß die Wahlen zu dem vorgesehenen Termin abgehalten werden, so muß man sich vor allen radikalen Verhaltensweisen hüten. Man soll uns nicht zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, die wir nicht wünschen.

Ich warne noch einmal die hitzigen Politiker. Sie sollen nicht denken, daß alles beendet ist, und sie wieder dran sind. Wir haben auch damals vor dem 12. September schon die Verantwortlichen gewarnt. Wenn man unsere Warnungen ernst genommen hätte, hätten die schlimmen Tage nicht durchlebt werden müssen. Man braucht mir auch nicht zu sagen, mit welchen Personen ich mich unterhalten muß. Ich brauche keinen Rat, um zu wissen, welche Personen für mich wichtig sind. Wenn ich mich

mit bestimmten Personen unterhalte, so tue ich das, um zu verhindern, daß die Ruhe und Ordnung, die wir erreicht haben, wieder zerstört wird.

Rede am 14.05.1983 in Kırklareli

Ich habe vor einer Woche gesagt, daß nachdem die Erlaubnis erteilt wurde, politische Parteien zu gründen, einige Personen vergessen haben, daß wir uns immer noch im Ausnahmezustand befinden und sie sich immer noch, wie vor dem 12. September, ohne Orientierung bewegen und ich habe sie aufgefordert, einen klaren Weg zu beschreiten. Nach meiner Warnung haben sich die Sachen geregelt. Es wäre doch sicher besser gewesen, wenn die Sachen in gesetzlicher und geregelter Form abgelaufen wären, ohne daß ich diese Warnung hätte aussprechen müssen. Es scheint, daß immer wieder -von Zeit zu Zeit- solche Warnungen notwendig sind.

Schon wenn es nur ein klein wenig Freiheit gibt, dann werden diese Gesetzlosen all das machen, was sie tun können. Was werden sie wohl erst tun, wenn alle Verbote aufgehoben sind? Wir haben dieses Land mit eurer großen Hilfe und Unterstützung vor einem Abgrund bewahrt und zur heutigen Lage geführt. Wir werden deshalb nicht sagen, daß jeder der will, eine Partei gründen kann. Wir werden nicht erlauben, daß die diejenigen, die das Land wieder an den alten Punkt zurückbringen wollen, als Gründer von Parteien auftreten. Aus diesem Grund haben wir die vorübergehende Bestimmung Nr. 4 in die Verfassung aufgenommen. ...

Im weiteren Verlauf der Rede geht General Kenan Evren auf Artikel der Verfassung und des Parteiengesetzes ein, die er insbesondere in Bezug auf Beschränkungen hin erläutert, tid.

Rede am 15.05.1983 in Tekirdag

Wenn die Parteigründer, die nun in der Phase, in der wir wieder zu dem normalen parlamentarischen System übergehen, so wie früher, wieder den Versuch machen, mit Versprechungen Stimmen zu fangen, und jeden, der ihnen über den Weg läuft in die Partei aufnehmen, bzw. ohne die Vergangenheit zu überprüfen, vielen Leuten Zugeständnisse machen, glaubt mir, daß dann die Kräfte, die darauf warten, das Vaterland wieder zu zerstören, die Verräter in einer kurzen Zeit wieder auf die Bühne kommen werden. Was wichtig und Grundlage ist, ist nicht auf jeden Fall an die Macht zu kommen, sondern der Nation, dem Vaterland einen sinnvollen Dienst zu erweisen. Dienst für das Vaterland kann sowohl in der Regierung als auch in der Opposition gemacht werden. Es ist nicht wesentlich, an die Macht zu kommen. Wichtig ist, daß die Einheit und Gemeinschaft des Staates nicht vernichtet werden. Ein Staat, der seine Einheit und Gemeinschaft verliert, kann nicht leben, selbst wenn er groß ist.

Es gibt innere und äußere Feinde, die sich abmühen, die Einheit und Gemeinschaft zu vernichten. Sie wollen auch gleichzeitig verhindern, daß die Türkei auf die zeitgenössische Ebene der Zivilisation kommt. So wie der große Atatürk schon ausgedrückt hat, ist der schlimmste dieser Feinde, der Verräter, der aus unserer Mitte hervorgeht. Atatürk sagt, diejenigen, die ihr Vaterland lieben, die denken und die Realität sehen, werden nicht zu solchen Feinden. Wenn solche aus unserer Mitte hervorgehen, sind es Dumme oder Schlechte, die ihr Vaterland nicht lieben und Blinde, die die Wirklichkeit nicht sehen. Dumm bedeutet nicht immer, daß jemand nicht zur Schule gegangen ist. Im Gegenteil, die größten Dummköpfe können Studierende und belesene Leute sein, bzw. können Personen, die nicht zur Schule gegangen sind, die Wirklichkeit sehen. Diejenigen, die ins Ausland geflüchtet sind, ihr Vaterland vergessen und sich an ausländische Kräfte verkauft

haben, haben sie nicht alles unternommen, um die Türkei in einer schwierige Lage zu bringen? Haben sie sich nicht stark angestrengt, um die Türkei aus dem Europarat hinauszubekommen? Führen sie nicht immer noch ihre Anstrengungen fort? Haben sie sich nicht bei der Menschenrechtskommission beschwert, daß die Menschenrechte in der Türkei verletzt werden? Diese Nation ist nicht zum ersten Mal mit einer solchen Lage konfrontiert. Wenn wir unsere Geschichte gut untersuchen, so stellen wir fest, daß immer dann, wenn die Türkei schwach war, die fremden Mächte sie für ihre Interessen ausgenutzt haben. Dann begann sogleich das Spiel in der Türkei. Aber wie jedes Mal, hat die türkische Nation mit ihrer Einheit und Gemeinsamkeit, mit ihrem Fleiß und der Unterstützung, die sie dieser Regierung gegeben hat, diese Hindernisse zu einem großen Teil überwunden. Die türkische Nation bestand schon, bevor sie an der EWG teilnahm und wird auch weiter bestehen, ob die EG nun existiert oder nicht. Ich sage dies denjenigen, die erneut versuchen, die Türkei aus der EG zu befördern, die erneut ein Embargo durchsetzen wollen. Ich sage dies unseren angeblichen Freunden, die sich solcher byzantinischen Spiele bedienen. Wen ich mit diesen Worten als Freund meine, das wißt ihr sehr gut.

Evren ging im weiteren Verlauf der Rede wieder auf einige Bestimmungen des Parteiengesetzes ein.

Rede am 1.6.1983 in Corum

Wir waren gezwungen, scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Sie benutzen die Partei der Großen Türkei zu einer Machtdemonstration. Wir haben unseren Kollegen gewarnt, daß er sich nicht zum Werkzeug solcher Spiele machen lassen soll, aber es war nicht möglich, die Sache aufzuhalten. Wir hoffen, daß diese Leute nun im Anblick der Ruinen in Erinnerung an den 1. Weltkrieg durch den Geist von Atatürk wieder zur Besinnung kommen.

Sie haben unsere Warnung Ende 1979 nicht verstanden und auch nicht meine letzten Warnungen. Wir haben die Gründer einer Kontrolle unterworfen, weil es unter ihnen auch schlecht gesinnte Personen geben kann. Wir haben die Partei verboten, weil sie als Fortsetzung einer aufgelösten Partei in Erscheinung getreten ist. Schon im Namen taucht ein Begriff auf, den ein ehemaliger Parteivorsitzender ständig im Munde führte. Wenn die übriggebliebenen Personen ähnliche Spiele treiben wollen, so will ich ihnen jetzt schon sagen, daß wir in gleicher Weise gegen sie vorgehen werden.

Wir haben gedacht, daß wir zum demokratischen System übergehen können, daß wir eine weiche Landung machen können, ohne jemandem weh zu tun. Aber wir haben gesehen, daß diese einige Kreise ermutigt hat. Deswegen mußten wir solche harten Maßnahmen ergreifen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß alle zu gründenden Parteien daran denken sollen, daß wir die Wahlen auch verlegen können. Sie sollen uns nicht zu einem solchen Schritt zwingen.

Auszüge aus dem Dekret Nr. 79

1. Es hat sich klar herausgestellt, daß einige Gründer der Partei der Großen Türkei, die durch die Anmeldung am 20. Mai 1983 beim Innenministerium ins Leben gerufen wurde, ... mit ihrem Verhalten das Land wieder in Lager spalten wollten, und daß sie mit der Partei die Existenz und Weltanschauung einer aufgelösten Partei weiterführen wollten. Es wurde auch festgestellt, daß sich einige Personen trotz des Verbotes des Übergangsartikels 4 der Verfassung direkt an den Parteigründungsaktivitäten beteiligt haben und die Öffentlichkeit in einer falschen Richtung beeinflussen wollten.

2. Der Nationale Sicherheitsrat hat ... diesen Entwicklungen gegenüber unter Rückgriff auf die Kompetenzen des Artikels 177 der Verfassung ... folgende Beschlüsse

Turkish Daily News (Ankara), 2.5.1983:

Differences between old and new laws on political parties

THE POLITICAL Parties Law approved and put into effect by the National Security Council on April 24 has brought about substantial changes when compared to the previous law on political parties no.648. These include deep rooted alterations in the articles concerning the setting up of parties, their organization, supervision, accounts and their closure. Here are the major changes in the new law compared to the former legislation on political parties:

o In the former bill there were no clauses that parties should conduct their activities in accordance with Atatürk's principles and reforms. The new law includes this article.

o In the former bill there were no clauses saying a member cannot be a member of more than one organization within a political party. The new law includes this clause.

o In the former law, parties were allowed to have local representatives in villages and small districts and could set up sub-organs. The new law prohibits this kind of branching off.

o The former law required at least 15 founding members for political parties. The new law says at least 30 persons set up a party.

o A provisional article in the new political parties bill allows the National Security Council to study and, if necessary, veto some or all of the founding members of a party. The former bill did not have such a clause.

o Previously the files on political parties were being kept by the Constitutional Court. The new law requires the Chief Prosecutor's Office to hold files on each and every party.

o In the old law the minimum age to become a party member was 18. The new law requires that a person should be past the age of 21 before being able to join a party.

o The restrictions on party membership have been expanded with the new law. University students who formerly could join parties are now prohibited from party affiliation.

o The old law did not require parties to have mini-conventions within the central organization of the party. The new law brings in this clause and institutionalizes the mini-conventions as a part of the central organizational activities in a party.

o In the old law the election of a party chairman was defined in the statute of a party. The new law sets the rules for the election of a party chairman. The election of the party chairman will be through secret balloting. A candidate who wins an absolute majority of the votes of all the Grand Convention delegates will be elected chairman, according to the new law.

o The old law did not allow for a limitation on the period of service for party chairmen. According to the new law party chairmen will be elected for a minimum term of two years and will not be able to serve as chairmen for more than 12 consecutive years. A former chairman will only be able to seek re-election as a chairman, four years after leaving office.

o According to the old law there were no restrictions on the term of office of party provincial chairmen. Now the law says a provincial chairman can only serve in office 10 years in succession. A provincial chairman will only be able to seek election four years after his last day in office.

o The term of office for a local party chairman (for townships) is subject to the same restrictions as the provincial party chiefs according to the new law. There were no such clauses in the old bill.

o The new law requires judicial supervision for elections at all levels in the party. The old law did not contain such a clause.

o In the old law parties had to have 10 seats in parliament to set up a group. With the new law the minimum seats requirement for setting up a parliamentary group has gone up to 20.

o In the old law there were no clauses that declared parliamentary group decisions would be binding. The new law says binding decisions can be taken by the parliamentary group but only through secret balloting.

o In the old parties law there were no articles on the requirement for parties to establish provincial organizations to participate in the polls. However in the old elections legislation, parties were required to set up provincial organizations in at least 15 provinces to be able to participate in general elections. In the new parties law, however, it is clearly stated that parties will have to set up organizations in at least half of Turkey's 67 provinces. The golden figure is said to be 34 provinces.

o In the old parties bill, primary elections were to be held with the participation of all party members in a given electoral district. However, the old law required a special law defining the application of the primary elections. This law was never legislated and parties conducted their primary elections according to the clauses of their statutes. The new law has overcome this confusion and without the need to legislate a new bill on primary elections stated that primary elections will be held with the participation of all the party members in a given electoral district.

o The old law did not have a clause on the arrangement of the candidates lists for elections by parties. The new bill says the

party headquarters cannot list a candidate in a position above a candidate who has won at least 75 percent of the votes in a primary election.

o The old bill required State assistance to parties. The new law does not mention State aid to parties. The old law allowed parties to raise funds by organizing sports events. The new law has no mention of such fund-raising activities by parties.

o The new law places restrictions on donations to parties. Private bodies and persons will be able to donate a maximum of one million liras (about 4,900 dollars) to a party in a year.

o The old law allowed parties to obtain loans. The new law prohibits parties from obtaining credits and loans.

o The new law applies restrictions to the monthly fees paid by parliamentarians to their parties. According to this the total annual fee paid by the parliamentarian to his party will not be more than his monthly salary.

o Political parties will now obey a new clause which did not exist in the old bill. They will not be able to give loans to members or any other private bodies or persons.

o The new law requires parties to respect Atatürk, the founder of modern Turkey. The old law did not have such a clause. According to this clause the parties are prohibited from engaging in any activity against or belittling Atatürk, his actions and his memory. Parties will not

be able to use Atatürk's name or his portrait in their emblems and their names.

o The former parties law did not have an article concerning parties which failed to participate in elections. The new law states parties which fail to participate in two successive elections following their founding will either be dissolved or the Constitutional Court will close down the party after an application by the Chief Prosecutor.

gefaßt:

- a) Die Partei der Großen Türkei ist mit Wirkung der Veröffentlichung des Beschlusses endgültig verboten.
- b) In der Übergangszeit bis zur Bildung des Präsidiums der Großen Nationalkammer:
 1. dürfen die Gründer der Partei der Großen Türkei und die Provinz- und Kreisvorsitzenden, sowie die Vorstandsmitglieder der aufgelösten Parteien, sowie die nach dem 12. September 1980 abgesetzten Bürgermeister ohne die Erlaubnis des Nationalen Sicherheitsrates keine Partei gründen und auch nicht irgend welche Positionen in der Partei übernehmen oder aber für das Parlament kandidieren.
 2. als Zusatz zu den Bestimmungen des Übergangsartikels 4 der Verfassung dürfen die Abgeordneten und Senatoren, die einem fünfjährigen politischen Verbot unterliegen, nicht den neugegründeten Parteien beitreten. Diejenigen, die als Mitglied eingetreten sind, verlieren ihre Mitgliedschaft.
- c) Die unten namentlich aufgeführten Abgeordneten und Senatoren, die sich nicht an die Beschränkungen gehalten haben, müssen vom 2. Juni 1983 ab 18 Uhr sich bei der stellvertretenden Kriegsrrechtskommandantur in Canakkale einfinden.
3. Dieser Beschluß darf einschließlich der Presse in keiner Form diskutiert werden. Wer sich nicht an dieses Verbot hält, wird selbst dann wenn sein Vergehen andere Straftatbestände erfüllt nach dem § 16 des Ausnahmezustandsgesetzes mit der Nummer 1402 behandelt und ihre Parteien werden automatisch geschlossen.

Liste derjenigen, die zwangsläufig den Wohnsitz einnehmen müssen:

1. Süleyman Demirel, Ali Naili Erdem, Ekrem Ceyhan, Saadettin Bilgic, Nahit Mentese, Yigit Köker, Ihsan Sabri Caglayangil, Sirri Atalay, Metin Tüzün, Celal Dogan, Deniz Baykal, Ferhat Aslantas, Süleyman Genc, Yüksel Cakmur.

Alle Zeitungen am 1.6.1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Cumhuriyet vom 27.05.1983

Kilic wurde in Edirne hingerichtet

Abülaziz Kilic (22), der vor 5 Jahren einen Kollegen umgebracht hatte, um sich seines Geldes zu bemächtigen und dabei drei weitere Personen verletzt hatte, wurde gestern morgen gegen 4.30 Uhr in der geschlossenen Haftanstalt von Edirne hingerichtet.

Da wir bei den vorhergehenden Ausgaben die Hinrichtung von Kilic schon mitgezählt hatten, bleibt die Zahl der Hinrichtungen seit dem 12.09.1980 bei 46.

b) TODESSTRAFEN

23.05.83	Mustafa Özdemir	in Adana
23.05.83	Kenan Dogan	in Adana
Die Angeklagten werden als Angehörige von Devrimci Kurtulus für drei Morde verantwortlich gemacht.		
26.05.83	Süheyla Kaya	in Istanbul
26.05.83	Halil Yavas	in Istanbul
26.05.83	Sadik Varer	in Istanbul
26.05.83	Bilgehan Genckardaslar	"
26.05.83	Ali Alkan	in Istanbul
26.05.83	Emrullah Gemci	in Istanbul
26.05.83	Mehmet Isbelen	in Istanbul

26.05.83	Haydar Yilmaz	in Istanbul
26.05.83	Mete Ozer	in Istanbul

Diese 9 Todesurteile wurden in einem Prozeß mit 96 Angeklagten verurteilt. Die Gruppe wird als HDÖ (Halkin Devrimci Öncüleri=revolutionäre Avantgarde des Volkes) bezeichnet. Es erfolgten 8 Urteile auf lebenslänglich, 41 Personen wurden zu Strafen zwischen 4 Monaten und 24 Jahren verurteilt und 31 Personen wurden freigesprochen.

Die Todesurteile sollen aufgrund von § 146/1 TSG ausgesprochen worden sein. Nach der 45-minütigen Urteilsverkündung, heißt es, haben die Angeklagten Parolen ihrer Organisation gerufen.

26.05.83	Cemal Kara	in Diyarbakir
26.05.83	M.Can Yüce	in Diyarbakir
26.05.83	A. Samet Tektas	in Diyarbakir
26.05.83	Mustafa Karasu	in Diyarbakir
26.05.83	Selahattin Karasu	in Diyarbakir
26.05.83	Mehmet Tanboga	in Diyarbakir
26.05.83	Mehmet Taha	in Diyarbakir
26.05.83	Kemal Taha	in Diyarbakir
26.05.83	Sükrü Gümüs	in Diyarbakir
26.05.83	M. Emin Keskin	in Diyarbakir
26.05.83	Alaattin Aktas	in Diyarbakir
26.05.83	M. Emin Gökdemir	in Diyarbakir

Die Namen von weiteren 23 zum Tode Verurteilten wurden in der Presse nicht erwähnt, tid.

Nach den 7 Todesurteilen für die Gruppe 'Birecik' sind dies nun die Strafen im Prozeß gegen die Angeklagten aus Diyarbakir, Mardin, Siirt, Batman. Die Gesamtzahl der Angeklagten wird in der Presse mit 572 angegeben. Hiervon war gegen 99 die Todesstrafe beantragt worden. Am Ende des Prozesses wurden insgesamt 63 Todesurteile ausgesprochen, von denen aber 28 in lebenslänglich verwandelt wurden, so daß als Zahl der verhängten Todesstrafen 35 übrig blieb. 331 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 3 und 24 Jahren verurteilt und 178 Angeklagte wurden freigesprochen.

Damit hat sich die Zahl der verhängten Todesstrafen auf 240 erhöht.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

24.04.83	3 Unpolitische	in Istanbul
28.04.83	4 Linke	in Istanbul
26.05.83	15 Linke	in Erzurum
27.05.83	1 Linker	in Izmir

Seit dem 12.09.1980 wurden vor den Gerichten der Türkei in 5.513 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 31.05.1983

Außenminister Türkmen ist plötzlich in den Irak gefahren

Die militärische Operation in der südöstlichen Region, die unter Zusammenwirkung der Türkei und dem Irak verwirklicht wurde, wird durch die türkischen Streitkräfte erfolgreich weitergeführt. Wie die Zeitung Tercüman aus zuverlässigen Quellen erfahren hat, durchkämmen die Kommandoeinheiten eine Höhle nach der anderen. Aus Regierungskreisen verlautete unterdessen, daß man entschlossen sei, das Gebiet von abweichlerischen Gruppierungen endgültig zu säubern. Der Außenminister Ilter Türkmen ist gestern plötzlich in den Irak auf-

gebrochen, um die Maßnahmen gegen die abweichlerischen Gruppen aufeinander abzustimmen.

Wie inzwischen bekannt ist, begann die Operation, da in dem Gebiet einige Gruppen begannen, die Existenz des türkischen Staates als nicht existent zu betrachten und schließlich am 10. Mai drei unserer Soldaten umbrachten. Die Operation wird nach Angaben aus zuverlässigen Quellen dadurch erschwert, daß das Gebiet sehr hügelig ist und die Räuberbanden sich in der Gegend sehr gut auskennen. Aber die türkischen Kommandoeinheiten, die für diese Bedingungen sehr gut ausgebildet sind, durchkämmen die Höhlen eine nach der anderen und nehmen die bewaffneten Banden eine nach der anderen fest. Allerdings wurden keine Mitteilungen über konkrete Zahlen gemacht.

Cumhuriyet vom 01.06.1983

Türkei und Irak führen 'Kontakt und Beratung' für die Sicherheit der Grenze fort

Bei dem 36-stündigen Besuch des Außenministers İtler Türkmən wurde vereinbart, die Kontakte und Beratungen zur Sicherheit der Grenze fortzuführen. Türkmən hat bei seinem Besuch eine Botschaft des Staatspräsidenten Kenan Evren überbracht. Der Sprecher des Außenministeriums ging zwar nicht auf Einzelheiten der Botschaft ein, sagte jedoch, daß sie sich auf die Ereignisse an der Grenze in den letzten Tagen bezieht.

Nach den Informationen hatte die Operation unter Abstimmung beider Länder begonnen und amtliche Stellen in der Türkei meldeten, daß 6.000 Soldaten eingesetzt worden sind. Auf eine Frage der Journalisten, ob die Stellungnahme des Außenministers am Freitag, daß die Operation ihr Ziel erreicht habe, auch bedeute, daß die Operation beendet sei, antwortete Akıman, daß man das Ziel erreicht habe. Des weiteren sagte er, daß zwar Waffen benutzt und eingesetzt wurden, daß es aber keine Verletzten gegeben hat.

Unterdessen hat sich auch der irakische Botschafter zu dem Problem geäußert und festgestellt, daß die türkischen Staatsangehörigen, die bei dieser Operation festgenommen werden, in der Türkei vor ein Gericht gestellt werden. Der Botschafter bestätigte, daß die Operation in Absprache beider Länder vorgenommen wurde und daß die Meldung, man habe sich 20 km in das fremde Land hineinbegeben, eine Spekulation sei.

Tercüman vom 04.06.1983

Wir sind aus dem Irak zurückgekehrt

Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Operation im Grenzgebiet der Türkei und des Irak hat der Außenminister folgende Erklärung abgegeben:

'Die Suchoperation der türkischen Armeeeinheiten, die unter Konsultierung der irakischen Regierung in einem begrenzten Gebiet von drei Kilometern gegen Personen vorgegangen sind, unter denen sich auch armenische Terroristen und solche, die einer Strafverfolgung in der Türkei ausgesetzt sind, befanden wurde gegen die bewaffneten Gruppen in der letzten Woche begonnen und erfolgreich abgeschlossen. Die türkischen Streitkräfte haben sich gestern wieder auf unser Territorium zurückgezogen.

Die Operation ist nicht, wie es in einigen ausländischen Presse- und Publikationsorganen zu lesen war, ein Vernichtungsfeldzug gewesen. Das einzige Ziel war es, die Sicherheit in dem erwähnten Gebiet wieder herzustellen. Schließlich fiel einer unserer Soldaten, aufgrund des Feuers, das eine Gruppe auf unsere Soldaten eröffnete. Bei dem Gegenangriff gegen diese Gruppe wurde lediglich eine Person getötet.

In dem vorgesehenen Rahmen werden die Kontakte und Konsultationen mit der befreundeten und benachbarten Regierung des Irak weitergehen, um in dem erwähnten Grenzgebiet ständige Sicherheit und Ruhe zu sichern.'

Tercüman vom 04.06.1983

Die Abgeordneten der Grünen brachten einen Vorschlag zum Einstellen der Hilfe ein

Die neu in den Bundestag eingezogenen Parlamentarier der Grünen haben nach der Erklärung, daß sie einen Gesetzesentwurf eingebracht haben, der die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei vorsieht, zusammen mit den Kurden vor unserer Botschaft in Bonn eine Demonstration gegen die Türkei gemacht.

Die Grünen, die seit ihrer Gründung ständig Aktivitäten gegen die Türkei entfaltet haben, erklärten, daß sie mit ihrem Entwurf die Einstellung der Hilfen beabsichtigten und behaupteten, daß die Militärregierung in der Türkei die Menschenrechte verletze und in den östlichen Gebieten den Druck auf die Bevölkerung verstärkt haben. Die Grünen, die vorbrachten, daß in der Türkei 150.000 politische Gefangene existieren, und sagten, daß der Bundestag sich nicht an seine Beschlüsse zu dem Thema gehalten habe. Das Verbot einer Partei und die Verbannung einiger Politiker deuteten sie als Anzeichen dafür, daß die Militärregierung nicht gewillt sei, wieder zur Demokratie zurückzukehren.

IMPRESSUM

TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement 6 Monate - 20,- DM, 1 Jahr - 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten - 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr - 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig